

Marx ist wieder da!

Zur Aktualität einer verdrängten Theorie

von Johannes Schillo

Die „Rückkehr der sozialen Frage“, d.h. die Entdeckung eines heimischen Armutsproblems, war ein Topos in den Diskussionen der (außerschulischen) politischen Bildung Ende des 20. Jahrhunderts (vgl. Schillo 2015, S. 198ff). Damit wurde hierzulande die Lebenslüge der sozialen Marktwirtschaft („Wohlstand für alle“, „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“) zu Grabe getragen bzw. in ein neues Problembewusstsein überführt – parallel übrigens zur Wiederentdeckung von Karl Marx als zuverlässigem Dia- und Prognostiker einer Wirtschaftsordnung, die mit ihren Verelendungs- und Krisentendenzen, ihren globalisierten Destruktiv- und Produktivkräften bis heute der Menschheit zu schaffen macht. Zu dieser Aktualität, die auch in allerlei Jubiläumsaktivitäten vom Trierer Lokalpatriotismus bis zur europäischen Filmförderung (Raoul Pecks Film „Der junge Marx“) breit getreten wird, im Folgenden einige Hinweise.



Ein „echt krasser Befund“

Dass der Kapitalismus soziales Elend produziert, ist natürlich keine Novität der 1990er Jahre. Das Faktum wurde nur vom herrschenden Diskurs lange Zeit – gemäß der Devise „Sprache macht Politik“ (Schneider 2015, S. 7) – als Randphänomen eingestuft. Und auch weiterhin kämpfen neoliberale Akteure, wie Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband in seinem einschlägigen Sammelband betont, gegen sozialkritische Positionen. So sei „der Armutsbegriff immer härteren Attacken ausgesetzt“ (ebd., S. 9). Seit der rotgrünen Ära hat sich die Bundespolitik jedoch entschieden und in wechselnden Koalitionen daran festgehalten, das Problem offiziell anzuerkennen – als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und mittlerweile, dank zunehmend „populistischem“ Wählerverhalten, als eine „Krise der politischen Repräsentation“. Eine amtliche Würdigung hat es mit den Armut- und Reichtumsberichten der Bundesregierung gefunden. Sozialministerin Nahles zeigte sich nach der Erstellung des jüngsten, fünften Berichts „von der starken Abnahme der

Wahlbeteiligung ärmerer Menschen in den vergangenen Jahren“ alarmiert: „Dieser Befund ist echt krass“, so die Ministerin (FAZ, 23.3.2017).

Was die Verteilung von Vermögen und Einkommen angeht, bestätigt der aktuelle Bericht bekannte Zahlen. Demnach verfügt die untere Hälfte der Haushalte „nur über etwa ein Prozent des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens besitzen“ und dieser Anteil seit 1998 „immer weiter angestiegen“ ist (SZ, 23.3.2017). „Sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu groß und wird erworbener Reichtum als überwiegend leistungslos empfunden, so kann sich die Akzeptanz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verringern“, heißt es in dem Bericht weiter (FAZ, 23.3.2017). „Die Kluft zwischen armen und reichen Menschen droht nach Einschätzung der Bundesregierung das Vertrauen vieler Bundesbürger in die Demokratie in Deutschland zu untergraben ... Es gebe eine ‚verfestigte Ungleichheit bei den Vermögen‘, sagte Nahles ... Großer Reichtum beruhe oft nicht auf eigener Leistung. So basiere bei zwei von drei Reichen das Vermögen auf Erbschaften oder Schenkungen. Je weniger aber Reichtum mit eigener Leistung zu tun hat, umso mehr stellt sich die Frage nach Gerechtigkeit.“ (Ebd.)

Die „krassen“ Befunde, die die neuere Armutsforschung präsentiert, hat Christoph Butterwegge auf ein generelles Politikversagen zurückgeführt. Die amtierende große Koalition z.B. habe gegenüber dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes versagt, „das Armutsbekämpfung zu den zentralen Aufgaben sämtlicher Staatsorgane“ (Butterwegge 2016, S. 1) erkläre. Ob Butterwegge, der mit seiner Kandidatur fürs Bundespräsidentenamt dem Thema neuen Nachdruck verleihen wollte, die idealistische Überhöhung des „sozialen Bundesstaats“ ernst meint oder strategisch einsetzt – um das sozialpolitische Versagen der Politik stärker herauszustellen –, ist dabei schwer zu sagen. Sachlich müsste klar sein, dass die Installierung eines Sozialstaates gerade mit dem Auftreten entsprechender Armutslagen rechnet, Armutsbekämpfung im strikten Sinne also gar nicht der Auftrag sein kann. Diesen Zusammenhang thematisiert Butterwegge auch an anderer Stelle, wenn er darauf hinweist, dass das hierzulande eingerichtete „Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ... zwangsläufig Armut hervorbringt“ (Butterwegge 2016, S. 5).

Ein theoretisches Angebot

In der alten Bundesrepublik, die nach ihrem Ende als Ära eines urgemütlichen „rheinischen Kapitalismus“ zu firmieren begann, war die soziale Frage mit ihren systemeigenen Ursachen tabu. Spätestens seit der großen Finanzkrise kennt man aber wieder den ordinären Kapitalismus als ökonomisch bestimmenden Zustand auf dem Globus, also auch in Deutschland. Bemerkenswert ist nur, wie der Politikdidaktiker Fritz Reheis festhält, dass in der bis „heute herrschenden Wirtschaftstheorie das Wort ‚Ausbeutung‘ nicht vor(kommt)“ (Reheis 2016, S. 37). Beschwerden und Anklagen gibt es zuhauf; inzwischen auch die

Hoffnung, vom Papst in Rom werde eine „franziskanische“ Revolution ausgehen, die sich dem „imperialen kapitalistischen System“ entgegenstellt (Duchrow 2016). Franziskus wurde ja mit seinen Statements und lehramtlichen Schreiben – besonders mit dem Spruch „Diese Wirtschaft tötet“ – als *der* Gewährsmann einer heute angesagten Kapitalismuskritik eingestuft.

Was allerdings Mangelware bleibt wie vieles in der wunderbaren Welt der Marktwirtschaft, die angeblich alle im Überfluss versorgt, ist eine theoretische Klärung der „zwangsläufigen Armut“, die das System hervorbringt. Oft heißt es: Wozu überhaupt Theorie? Eine ideale Berufungsinstanz – die legendäre Gerechtigkeit, die dauernd durch Abwesenheit glänzt – und ein ganz einfacher steuerpolitischer Handgriff – der endlich die Umverteilung von oben nach unten in Gang setzt – gelten vielen als der Weisheit letzter Schluss. So z.B. Thomas Piketty, der sich mit seiner umfangreichen Studie zur weltweiten sozialen Ungleichheit („Das Kapital im 21. Jahrhundert“) den Ruf eines „neuen Marx“ erworben hat. Der Ruf ist völlig unverdient (vgl. Schillo 2015, S. 191ff). Marx hat nicht fehlende Gerechtigkeit oder Ungleichheit beklagt und sie mit idealen Gegenbildern konfrontiert. Da, wo er in die sich formierende Arbeiterbewegung intervenierte, forderte er seine Genossen dazu auf, solche bürgerlichen Phrasen zu entsorgen.

Die wunderbare Welt der Marktwirtschaft, die angeblich alle im Überfluss versorgt ...

Er wandte sich z.B. in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ mit aller Schärfe gegen die Losung von der „gerechten Verteilung“ (MEW 19, S. 18), ebenso gegen die Vorstellung, jeder Arbeiter habe das „gleiche Recht“ auf den „unverkürzten Arbeitsertrag“ (ebd., S. 20f). Mit der Gleichheitsvorstellung bewege man sich auf dem Boden des bürgerlichen Rechts; den müsse aber eine entwickelte sozialistische Gesellschaft verlassen, wobei Marx gerade mit der Verschiedenartigkeit der Menschen argumentiert und die Widersprüchlichkeit der sozialdemokratischen Programmatik aufspießt. Die Gleichheitsforderung gehe über „die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter“ hinweg, wolle sie diesen und anderen Unterschieden in den Lebenslagen gerecht werden, müsste „das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein“ (ebd., S. 21). Das Fazit lautet, sich von solchem „veraltetem Phrasenkram“ (ebd., S. 22) zu verabschieden. Marx formuliert dagegen das berühmte Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Ebd., S. 21) Es benennt für eine neue Organisation der gesellschaftlichen Arbeit also die Notwendigkeit, den Unterschieden der Menschen – als Produzenten und Konsumenten – Rechnung zu tragen.

Die Relevanz der Marxschen Theorie besteht auch nicht darin, dass hier eine aparte, „dialektische“ Denkmethode vorläge oder ein geschichtsphilosophisches System, das als

Universalschlüssel zur Erkenntnis der sozialen Welt dienen könnte. Vielmehr darin, wie Reheis vermerkt, dass sie eine stichhaltige Erklärung der Ausbeutung bietet. Das Buch von Reheis (2016) vermittelt einen Einblick in die Leistung dieser ökonomischen Analyse und räumt gleichzeitig mit dem Zerrbild des weltanschaulichen Dogmatismus auf. Einen Beitrag zur Entmystifizierung des Marxismus hat vielleicht auch, wie Ingo Elbe im aktuellen „Marx-Handbuch“ schreibt, die „neue Marxlektüre“ geleistet. Die schwer einzugrenzende Richtung stehe „in Opposition zum parteioffiziellen Marxismus des Marxismus-Leninismus und der westlichen Sozialdemokratien ... Ihr paradigmatischer Kern besteht in einer Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie und ihrer staatstheoretischen Implikationen.“ (Quante/Schweikard 2016, S. 343) Diese Kritikposition, wie sie Marx, redaktionell von Friedrich Engels unterstützt, in den drei Bänden des „Kapital“ entwickelt hat, würdigt Michael Heinrich ausführlich im genannten Handbuch (ebd., S. 71ff).

Heinrich stellt die Grundlinien der Analyse samt ihrer vernichtenden Bilanz der kapitalistischen Produktionsweise in prägnanter und übersichtlicher Weise dar, trennt dies auch von (überflüssigen) Methodendebatten oder der Rückschau auf den philosophischen Vorlauf des „jungen Marx“. Er entwickelt – der Warenanalyse folgend, mit der das „Kapital“ beginnt – den Kapitalbegriff.

Grundlage ist die Zirkulationsform $G - W - G$ (Geld – Ware – Geld), genauer gefasst mit dem Endpunkt G' (= G-Strich, der um ein

Um den Mehrwert dreht sich der gesamte Produktionsprozess

„Inkrement“ vergrößerte Geldbetrag): „Demnach kann Kapital weder als Ding (Maschinen, Gebäude) noch als Geldsumme betrachtet werden, sondern nur als eine Bewegung, ein Prozess“ (ebd., S. 103). Möglich wird der Zuwachs, gemäß den Gesetzen des Äquivalententauschs, nur durch den Austausch der ersten, vorgeschossenen Geldsumme gegen eine spezielle Ware, die menschliche Arbeitskraft. Deren Konsumtion, also Anwendung unter dem Kommando des Kapitals, besitzt die Besonderheit, dass einerseits der ausgelegte Wertbestandteil, der als Lohnanteil erscheint, reproduziert und andererseits ein zusätzlicher Wert, der Mehrwert, geschaffen wird. Um ihn dreht sich der gesamte Produktionsprozess, der sich eben nicht darin erschöpft, die benötigten Gebrauchswerte zu liefern, sondern von vornherein als Verwertungsprozess angelegt ist.

Dies ist im Kern die Marxsche Theorie der Ausbeutung. Sie ist, wie Heinrich festhält, „genau so wenig moralisch gemeint wie die Rede von der Ausbeutung der Gebrauchswerte oder der Naturgesetze“ (ebd., S. 105). Sie zielt also nicht aufs persönliche (Fehl-)Verhalten der Agenten dieses Prozesses, sondern darauf, dass sie sich als „Charaktermasken“ den Notwendigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion gemäß machen. Indem sie dem sachlichen Zusammenhang der Waren- und Geldzirkulation folgen, reproduzieren sie – nachdem die historischen Voraussetzungen durch die „ursprüngliche Akkumulation“ (MEW

23, Kap. 24) geschaffen sind – beständig die Klassenteilung der Gesellschaft in dienstbare Arbeitskraft und sich verwertendes Kapital. Letzteres hat seinen Existenzgrund in der nützlichen Armut der arbeitenden Massen, setzt deren Freisetzung und Ausschluss von den vorhandenen objektiven Produktionsbedingungen voraus.

„Der kapitalistische Produktionsprozess reproduziert also genau diejenige Ungleichheit zwischen den Klassen, die die Voraussetzung dafür ist, dass er überhaupt stattfinden kann.“ (Ebd., S. 107) Der Prozess der Akkumulation, d.h. der Fortführung der Produktion durch Reinvestition des erlösten Mehrwerts, folgt dann, bedingt durch die Konkurrenz der Kapitalisten um Marktanteile, einer eigenen Logik. Marx bezeichnet sie als relative Mehrwertproduktion. Die Steigerung der Produktivität wird zum Hebel, Kosten einzusparen, nämlich auf Seiten der angewandten Arbeitskraft, und so den Anteil der Mehrwert-schaffenden Arbeitszeit relativ zu vergrößern. Damit handelt sich der Kapitalismus systemeigene Widersprüche ein, die z.B. periodisch in Krisen eklatieren. Unmittelbare Wirkung ist die Produktion einer ökonomischen Überbevölkerung, einer „industriellen Reservearmee“, an deren unterem Ende sich der „Pauperismus“ (modern gesprochen: das Prekariat) breit macht. „Bei diesem Elend handelt es sich nicht um Kinderkrankheiten des Kapitalismus“ (ebd., S. 109), hält Heinrich fest. Vielmehr verdankt es sich dem Fortschritt, dem gewachsenen „Wohlstand der Nationen“, den Adam Smith zum Leitmotiv seiner Untersuchung machte. Dabei hebt Marx in der elaborierten Analyse seiner Spätphase „keineswegs auf eine absolute Verelendung der Arbeiterklasse ab wie im *Kommunistischen Manifest*, sondern auf eine Verschlechterung der Lage, die unabhängig von der ‚Zahlung‘ ist“ (ebd.).

Die Steigerung der Produktivität wird zum Hebel, Kosten einzusparen, nämlich auf Seiten der angewandten Arbeitskraft

Arbeit und Reichtum

Damit ist auch klargestellt, was mit dem berühmten „allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ gemeint ist, das Marx im 23. Kapitel des ersten Bands des „Kapital“ entwickelt hat. Marx hat ja nicht wie Lasalle ein „ehernes Lohngesetz“ formuliert, demzufolge die Arbeiter für immer auf das physische Existenzminimum, auf den Umkreis der notwendigsten Lebensmittel, festgelegt sind. Marx bezieht z.B. ausdrücklich den im Akkumulationsprozess des Kapitals auftretenden Fall mit ein, dass Erweiterung der Produktion stattfindet, daher weitere Arbeitskräfte eingestellt werden, die Nachfrage nach Arbeit also steigt und die Verhandlungsposition der Arbeiter sich verbessert. Unter solchen „günstigsten Akkumulationsbedingungen“ kleide sich das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter vom Kapital in „erträgliche Formen“, heißt es dazu (MEW 23, S. 645).

Bei Marx wird weder der technische Fortschritt, inklusive Produktinnovation, ausgeklammert noch eine beständige Lohnsenkung vorausgesagt. Bei ihm geht es vielmehr darum, dass von dem hochgelobten Fortschritt, den das Kapital in die Arbeitswelt einführt und der heute als „Industrie 4.0“ von sich reden macht, bei denjenigen, die für Lohn die Arbeit tun, kein Vorteil ankommt. Und das ist nur logisch in einer Wirtschaftsordnung des Privateigentums. Denn *erstens* gehört hier die Produktivkraft der Arbeit demjenigen, der sie gekauft hat; im Lohn ist alles entgolten, was der arbeitende Mensch an Ansprüchen gegenüber der Produktion geltend machen kann. *Zweitens* ist Kostenentlastung ja genau der Zweck und das Kriterium der Maßnahmen, mit denen das Kapital die Ergiebigkeit der Arbeit steigert; in den neu angesagten „Arbeitswelten 4.0“ wird schon mit der Einsparung ganzer Berufsgruppen kalkuliert! Das Ergebnis der Produktivitätssteigerung heißt: „Weniger vom geschaffenen Eigentum, das im Marktpreis der Ware sein Maß hat, geht als Lohnstückkost an den Arbeiter. Es ist keine zusätzliche Gemeinheit, sondern das Prinzip dieses Fortschritts, dass die Steigerung des Outputs die bezahlten Kräfte nicht erreicht. Die bleiben mit der Arbeit, die für den Unternehmensgewinn notwendig ist, und der Vergütung dafür, die sich nach derselben Notwendigkeit richtet, von einem immer gewaltigeren Reichtum ausgeschlossen; der Anteil an der gesellschaftlichen Zahlungsfähigkeit, über den sie mit ihren zusammengezählten Lohnstückkosten verfügen, sinkt mit dem Produktivitätswachstum.“ (Wirth/Möhl 2014, S. 68)

Wachsender Ausschluss von den gesteigerten Möglichkeiten, die Menschheit rasch mit dem Nötigen und allerlei Luxus obendrein zu versorgen – das ist die Verarmungs- oder Verelendungstendenz, die Marx im Kapitalismus ausgemacht hat. Diese Tendenz schließt die systematische Produktion der absurden Figur des Arbeitslosen ein. In einer Welt, in der der Wert der Waren das herrschende Prinzip ist und die Devise „arbeiten oder arbeiten lassen“ heißt, wird durch die Entwicklung der Produktivität Arbeit beständig und systematisch überflüssig gemacht.

Lohnarbeit heißt Ausschluss von der Welt der Gebrauchswerte, also von ihrem eigenen Werk

Wer von diesem Trend betroffen ist, wechselt auf die Schattenseite der als hocheffizient gelobten Wirtschaftsordnung. Hier treten dann Armutsverhältnisse auf, die inzwischen alle Welt entrüsten und die Beobachter an andere Zeiten erinnern oder eben an Weltgegenden, die es in der globalisierten Marktwirtschaft auch noch gibt und die sowieso als Elendsgebiete geführt werden. Diese Tendenz aber – das ist der entscheidende Punkt – geht auf den grundlegenden Sachverhalt zurück, dass Arbeit zwar den Reichtum im Kapitalismus schafft, dass sie aber nicht über ihn verfügt. Lohnarbeit heißt Ausschluss von der Welt der Gebrauchswerte, also von ihrem eigenen Werk, zu dem ihr nur im Rahmen der per se beschränkten Entgelthöhe ein Zugang ermöglicht wird.

Diese Grundbedingung der Armut hat Marx im „Kapital“ erschöpfend erforscht, und am grundsätzlichen Verhältnis hat sich bis heute nichts geändert. Ob der Lohn überhaupt oder einzelne Lohngruppen das eine Mal stärker leiden und das andere Mal mehr für sich herausholen können, fügt dem nichts Neues hinzu. Ob jetzt „Fordismus“ herrscht, in dem Arbeiterhaushalte neue Konsumgüter, am Schluss sogar das Automobil kennenlernen, oder „Postfordismus“, wo man ein Mobiltelefon im Gegenwert eines Gebrauchtwagens mit sich herumträgt, ist für die Erklärung der Gründe nicht entscheidend. Natürlich hat sich seit Marxens Zeiten wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch allerlei getan. All diese Maßnahmen wie auch die ökonomischen Fortentwicklungen – z.B. im nationalen und globalen Finanzgeschäft – haben ihren Referenzpunkt aber in dem Gegensatz von Arbeit und Reichtum, den Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie ermittelt hat.

Diese Grundbedingung der Armut hat Marx erschöpfend erforscht, und am grundsätzlichen Verhältnis hat sich bis heute nichts geändert



Literatur

- Christoph Butterwegge, Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung – Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition. Wiesbaden 2016.
- Ulrich Duchrow, „Diese Wirtschaft tötet“ – Kirchen gemeinsam gegen das imperiale kapitalistische System. In: Sozial Extra, Nr. 2, 2016, S. 32-34.
- Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms. In: Marx Engels Werke, Band 19, Berlin 1978 (zit. als MEW 19).
- Karl Marx, Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Marx Engels Werke, Band 23, Berlin 1977 (zit. als MEW 23).
- Michael Quante/David P. Schweikard (Hg.), Marx-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart 2016.
- Fritz Reheis, Wo Marx Recht hat. 3. Aufl., Darmstadt 2016.
- Johannes Schillo (Hg.), Zurück zum Original – Zur Aktualität der Marxschen Theorie. Hamburg 2015.
- Ulrich Schneider (Hg.), Kampf um die Armut – Von echten Nöten und neoliberalen Mythen. Frankfurt/M. 2015.
- Margaret Wirth/Wolfgang Möhl, „Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“: Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum. München 2014.

Über den Autor

Johannes Schillo (*1949), Staatsexamen in Literatur- und Sozialwissenschaft, Journalist, bis 2015 Redakteur von Fachzeitschriften der (politischen) Weiterbildung.

Veröffentlichungen:

Schillo, J. (2015, Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. VSA Verlag

Kontakt:

schillo@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com